

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D 90 — 1666

**23. MAI 1990. — Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft
zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft vom 31. Dezember 1983, insbesondere Artikel 54;

Aufgrund des Protokolls S 4/89 des Sektorenausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. April 1989;

Aufgrund des Einverständnisses des Vorsitzenden zuständig für den Haushalt und das Personal vom 20. Dezember 1989;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates;

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Exekutive, zuständig für den Haushalt und das Personal,

Beschließt :

Artikel 1. In der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Sozialdienst zugunsten der in Artikel 2 bezeichneten Personen eingerichtet.

Art. 2. Unter der Bedingung, daß sie keine Vorzüge von einem Sozialdienst einer anderen Verwaltung genießen, sind die Nutznießer des Sozialdienstes der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgende Personen :

1° die Bediensteten, die, in welcher Eigenschaft auch immer, dem Personal der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angehören;

2° die pensionierten Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Eintritts in den Ruhestand in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschäftigt waren;

3° die Witwen, Witwer und Waisen der im ersten Punkt angeführten Personen.

4° die Kinder und die Ehepartner, die zu Lasten der im ersten Punkt angeführten Personen fallen und die mit letzteren unter einem Dach leben.

Die in Absatz 1, Punkt 4°, angeführten Personen haben kein Antragsrecht.

Art. 3. Im Rahmen der zu diesem Zweck im Ausgabenhaushaltsplan vorgesehenen Mittel, können den in Artikel 2 bezeichneten Personen entweder individuelle oder kollektive Vorteile gewährt werden.

Im Bereich der kollektiven Hilfe umfassen die Aufgaben des Sozialdienstes unter anderem :

— die soziale und juristische Beratung bei Fragen, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Verwaltung stehen;

— die Förderung der Gesundheit und der gesundheitlichen Vorbeugung am Arbeitsplatz;

— die Vorbereitung auf die Pension;

— die Förderung von Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten.

Art. 4. Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft betraut eine von ihr zugelassene Vereinigung ohne Erwerbszweck mit der Durchführung der Aufgaben des Sozialdienstes.

Zu diesem Zweck und im Rahmen der dafür vorgesehenen Haushaltsmittel erhält die Vereinigung ohne Erwerbszweck einen jährlichen Zuschuß.

Art. 5. Um zugelassen zu werden, muß die Vereinigung ohne Erwerbszweck folgendes in ihre Satzung aufnehmen :

1° die ausschließliche Zulassung der Personen, die in Artikel 1 des vorliegenden Erlasses aufgezählt sind, als Mitglieder;

2° den Zweck der Vereinigung, der die in Artikel 3 genannten Hilfen zum Ziel hat;

3° die Mandate des Verwaltungsrates der Vereinigung, die verhältnismäßig aufgeteilt werden unter den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen, die in der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertreten sind, in Ausführung des Erlasses vom 28. September 1984 zur Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Organisation der Beziehungen zwischen den Öffentlichen Behörden und des Gewerkschaften der Bediensteten, die diesen Behörden unterstehen;

4° die Anwesenheit eines Vertreters der Exekutive, der von rechtswegen mit beratender Stimme an den Versammlungen des Verwaltungsrates, der Generalversammlung und anderer Organe der Vereinigung ohne Erwerbszweck teilnimmt;

5° die Verpflichtung der Vereinigung, die Ausführung jeglicher Maßnahmen auszusetzen, wenn der Vertreter der Exekutive innerhalb von 5 Arbeitstagen nach dem Tag der Versammlung Einspruch erhebt gegen eine Entscheidung, die er für gesetzes-, ordnungs- oder satzungswidrig hält oder wenn er der Meinung ist, sie verstoße gegen das Allgemeinwohl. Die Exekutive entscheidet über den Einspruch binnen 15 Arbeitstagen nach dem Tag des Erhalts des Einspruches;

6° die Überprüfung der Bücher der Vereinigung durch den in Punkt 4° genannten Vertreter;

7° einen schriftlichen Bericht des Sozialassistenten vor jeder Entscheidung bezüglich individueller Hilfe.

Art. 6. Die zugelassene Vereinigung ohne Erwerbszweck muß die Zustimmung der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft einholen für :

1° die Organisation von Verlosungen, Sammlungen jeglicher Art und den Verkauf von Abzeichen;

2° den Ankauf, Verkauf, Bau und die Arbeiten an Immobilien die zur Ausübung der Tätigkeiten der Vereinigung von Nutzen sind;

3° die Abwicklung von Anleihen und Mietverträgen.

Art. 7. § 1. Die Tätigkeiten der zugelassenen Vereinigung ohne Erwerbszweck werden von dem Vertreter, der von der Exekutive ernannt worden ist, kontrolliert.

Dieser Vertreter darf die folgenden Funktionen ausüben :

1° die Versammlung des Verwaltungsrates einberufen und im Rahmen seiner Zuständigkeit seine Vorschläge auf die Tagesordnung setzen;

2° die Tätigkeiten und die Bücher der Vereinigung überprüfen;

3° gemäß den in Artikel 5, Punkt 5°, vorgesehenen Modalitäten Einspruch erheben gegen eine Entscheidung die er für gesetzes-, ordnungs- oder satzungswidrig hält, oder wenn er der Meinung ist, sie verstoße gegen das Allgemeinwohl.

Der Einspruch erfolgt in den 5 Arbeitstagen nach dem Tag der Versammlung, in der die Entscheidung getroffen wurde. Der Einspruch hat aussetzende Wirkung.

Der Einspruch wird bei dem zuständigen Gemeinschaftsminister eingereicht. Dieser entscheidet binnen 15 Arbeitstagen nach dem Tag des Erhalts des Einspruchs über die zu treffenden Maßnahmen, Erfolgt dies nicht, ist der Einspruch abgelehnt.

§ 2. Der Vertreter der Exekutive kann zur Ausübung seiner Funktion alle Dokumente der Vereinigung einsehen, außer den persönlichen Akten der Hilfeleistungsempfänger, die alleine dem Sozialassistenten zur Verfügung stehen.

Art. 8. Der Verwaltungsrat muß der Exekutive jährlich vor dem 31. März einen Bericht zum abgelaufenen Haushaltsjahr einreichen.

Die eventuelle Anfrage von Haushaltsmitteln für das dem Haushaltsjahr folgende Jahr muß spätestens am 30. September des laufenden Haushaltsjahres abgegeben werden.

Art. 9. Die Anerkennung als Vereinigung ohne Erwerbszweck kann von der Exekutive durch eine begründete Entscheidung zurückgezogen werden, wenn :

— die Vereinigung die in diesem Erlaß definierten Ziele des Sozialdienstes nicht verfolgt;

— sie gegen die in Artikel 6 und 7 genannten Bestimmungen verstößt.

In diesem Falle übernimmt die Exekutive vorübergehend die Verwaltung des Sozialdienstes.

Art. 10. Die Vereinigung ohne Erwerbszweck kann für die Aufgaben des Sozialarbeiters, für Sekretariatsarbeiten und Büromaterial auf die Hilfe der Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zurückgreifen.

Art. 11. Der Vorsitzende der Exekutive, zuständig für den Haushalt und das Personal, wird mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt.

Art. 12. Der Erlaß tritt am Tage seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Eupen, den 23. Mai 1990.

Der Vorsitzende der Exekutive,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,

B. FAGNOUL

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCHE

TRADUCTION

COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F 90 — 1886

23 MAI 1990. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone portant création d'un service social pour le personnel de l'administration de la Communauté germanophone

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone du 31 décembre 1983, notamment l'article 54;

Vu le procès-verbal S 4/89 du comité de secteur du 13 avril 1989;

Vu l'accord du Président de l'Exécutif, compétent pour le budget et le personnel, donné en date du 20 décembre 1989;

Vu l'avis du Conseil d'Etat du 25 septembre 1989;

Sur proposition du Président de l'Exécutif, compétent pour le budget et le personnel,

Arrête :

Article 1^{er}. Il est créé auprès de l'administration de la Communauté germanophone un service social en faveur des personnes désignées à l'article 2.

Art. 2. Les bénéficiaires du service social de la Communauté germanophone sont, pour autant qu'ils ne bénéficient déjà d'avantages offerts par le service social d'une autre administration :

1° les agents qui appartiennent au personnel de l'administration de la Communauté germanophone, à quelque titre que ce soit;

2° les agents pensionnés qui étaient occupés auprès de l'administration de la Communauté germanophone avant d'être mis à la retraite;

3° les veuves, veufs et orphelins des personnes visées au point 1;
4° les enfants et les conjoints à charge des personnes visées au point 1 et qui vivent avec ces dernières sous un même toit.

Les personnes visées au point 4 du premier alinéa ne sont pas autorisées à introduire une demande.

Art. 3. Dans la limite des crédits prévus à cet effet, des avantages sociaux, soit individuels soit collectifs, sont accordés aux personnes visées à l'article 2.

Dans le domaine de l'aide collective, les tâches du service social comprennent entre autre :

— la consultation sociale et juridique pour des questions qui ne sont pas en rapport direct avec l'administration;

— la promotion de la santé, de la prévention en matière de santé sur le lieu de travail;

— la préparation à la pension;

— la promotion d'activités culturelles, sportives et de loisirs.

Art. 4. L'Exécutif de la Communauté germanophone charge une association sans but lucratif, agréée par lui, de l'exécution des tâches du service social.

A cet effet et dans la limite des crédits prévus à cette fin, l'association sans but lucratif obtient un subside annuel.

Art. 5. L'association sans but lucratif doit, pour être agréée, inclure ce qui suit dans ses statuts :

1° un objet répondant aux prescriptions de l'article 3;

2° la présence d'un représentant désigné par l'Exécutif qui prend part de plein droit, avec voix consultative, à l'assemblée générale, aux assemblées du Conseil d'administration et des autres organes de l'association;

3° la vérification des comptes de l'association par le représentant nommé au point 2;

4° un rapport écrit de l'assistante sociale avant toute décision relative à une aide individuelle.

Art. 6. Le Conseil d'administration doit présenter chaque année à l'Exécutif avant le 31 mars, un rapport relatif à l'année budgétaire écoulée. La demande éventuelle de crédits budgétaires pour l'année suivant l'année budgétaire doit être remise au plus tard le 30 septembre de l'année budgétaire en cours.

Art. 7. L'Exécutif peut, par une décision motivée, retirer l'agrégation de l'association sans but lucratif si celle-ci ne respecte pas les dispositions des articles 2, 3 et 5 ou si elle enfreint ses statuts.

Art. 8. L'association sans but lucratif peut avoir recours à l'aide de l'administration de la Communauté germanophone pour les tâches relevant du travail social, pour les travaux de secrétariat et pour le matériel de bureau.

Art. 9. Le Président de l'Exécutif, compétent pour le budget et le personnel, est chargé de l'exécution de cet arrêté.

Eupen, le 23 mai 1990.

Le Président de l'Exécutif,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Formation,
de l'Animation culturelle et des Médias,

B. FAGNOUL

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport,
de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,

M. GROSCH

—
VERTALING

—
DUITSTALIGE GEMEENSCHAP
—

N 90 — 1686

**23 MEI 1990. — Besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap
tot inrichting van een sociale dienst
voor het personeel van het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap**
—

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheit op artikel 54;

Gelet op het protocol S 4/89 van het Sectorcomité van de Duitstalige Gemeenschap van 13 april 1989;

Gelet op het akkoord van 20 décembre 1989 van de Voorzitter van de Executieve bevoegd inzake begroting en personeel;

Gelet op het advies van de Raad van State, gegeven op 25 september 1989;

Op voordracht van de Voorzitter van de Executieve, bevoegd inzake begroting en personeel,

Besluit :

Artikel 1. Bij het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap wordt een sociale dienst ingericht ten gunste van de personen bedoeld in artikel 2.

Art. 2. Voor zover zij geen voordeel van een sociale dienst van een ander bestuur genieten zijn de beneficianten van de sociale dienst van het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap :

1° de bedienden die, in welke hoedanigheid ook, tot het personeel van het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap behoren;

2° de gepensioneerde bedienden die op het ogenblik van hun pensionering bij het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap tewerkgesteld waren;

3° de weduwen, weduwnaars en wezen van de onder punt 1 bedoelde personen;
4° de kinderen en de echtgenoten die ten laste zijn van de onder punt 1 bepaalde personen en met hen onder één dak wonen.

De onder punt 4° van het eerste lid bedoelde personen hebben geen recht op aanvraag.

Art. 3. Binnen de perken van de daarvoor bepaalde begrotingsmiddelen kunnen ofwel individuele ofwel kollektieve sociale voordelen aan de in artikel 2 bedoelde personen worden toegekend.

Op het gebied van de kollektieve hulpverlening omvatten de opdrachten van de sociale dienst o.a. :

- de sociale en juridische raadgeving voor vragen die geen direct verband houden met het Bestuur;
- de bevordering van de gezondheid en van de preventie inzake gezondheid op het werk;
- de voorbereiding op de pensionering;
- de bevordering van culturele, sport- en vrijetijdsbestedingsactiviteiten.

Art. 4. De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap belast een door haar erkende vereniging zonder winstoogmerk met de uitvoering van de sociale dienst.

Te dien einde en binnen de perken van de daarvoor bepaalde begrotingsmiddelen krijgt de vereniging zonder winstoogmerk een jaarlijkse toelage.

Art. 5. Om erkend te worden moet de vereniging zonder winstoogmerk hetgeen volgt in haar statuten opnemen :

- 1° een doelstelling die aan de aanwijzingen van artikel 3 beantwoordt;
- 2° de aanwezigheid van een door de Executieve aangewezen vertegenwoordiger, die van rechtswege met raadgevende stem aan de algemene vergadering, aan de vergaderingen van de Raad van Bestuur en van de andere lichamen van de vereniging deelneemt;
- 3° de verificatie van de boeken van de vereniging door de onder punt 2 bedoelde vertegenwoordiger;
- 4° een schriftelijk bericht van de maatschappelijk werkster vóór elke beslissing betreffend een individuele hulpverlening.

Art. 6. Jaarlijks moet de Raad van Bestuur de Executieve vóór 31 maart een bericht over het afgelopen begrotingsjaar voorleggen.

De eventuele aanvraag om begrotingsmiddelen voor het jaar na het begrotingsjaar moet ten laatste op 30 september van het lopende jaar ingediend worden.

Art. 7. Door een met redenen omklede beslissing mag de Executieve de erkenning van de vereniging zonder winstoogmerk intrekken indien deze de bepalingen van de artikelen 2, 3 en 5 niet naleeft of haar statuten schendt.

Art. 8. De vereniging zonder winstoogmerk mag beroep doen op de hulp van het Bestuur van de Duitstalige Gemeenschap voor de opdrachten op sociaal gebied, voor het secretariaat en voor het bureaumateriaal.

Art. 9. De Voorzitter van de Executieve, bevoegd inzake begroting en personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 mei 1990.

De Voorzitter van de Executieve,
J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Vorming, Culturele Animatie en Media,
B. FAGNOUL

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,
M. GROSCH

ANDERE BESLUITEN

MINISTERIE VAN VERKEERSWEZEN

26 JUNI 1990. — Ministerieel besluit
genomen ter uitvoering van het koninklijk besluit van 7 juni 1990
houdende uitgifte van een nieuwe postwaarde

De Minister van Posterijen, Telegrafie en Telefonie,

Gelet op het koninklijk besluit van 7 juni 1990 houdende, uitgifte van nieuwe postwaarden, inzonderheid op artikel 1,

Besluit :

Artikel 1. Het luchtpostblad uitgegeven krachtens voornoemd koninklijk besluit, zal gedrukt worden in vier versies, overeenkomstig de reglementering inzake het gebruik der landstalen.

Art. 2. De postzegel van 25 F, met de afbeelding van een vliegtuig van het type « Airbus A 310 », die voorkomt op dit luchtpostblad, zal gedrukt worden in het violet.

AUTRES ARRÊTÉS

MINISTÈRE DES COMMUNICATIONS

26 JUIN 1990. — Arrêté ministériel
pris en exécution de l'arrêté royal du 7 juin 1990
portant émission d'une nouvelle valeur postale

Le Ministre des Postes, Télégraphes et Téléphones,

Vu l'arrêté royal du 7 juin 1990 portant émission de nouvelles valeurs postales, notamment l'article 1er,

Arrête :

Article 1er. L'aérogramme créé en vertu de l'arrêté royal susvisé, sera émis en quatre versions, conformément à la réglementation relative à l'emploi des langues.

Art. 2. Le timbre-poste de 25 F, représentant un avion du type « Airbus A 310 », figurant sur ledit aérogramme sera imprimé en violet.